

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlich Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 311.

Sonnabend 21. Juni 1902.

96. Jahrgang.

Proclamation des Königs.

Tresden, 21. Juni. Die Proclamation des Königs Georg lautet: Wir Georg von Gottes Gnaden, König von Sachsen u. s. w., thun hiermit kund und zu wissen: Nachdem durch Gottes unerforschlichen Rathschluß des Allerdurchlauchtigsten Königs und Herrn Albert, Königs von Sachsen, Unseres vielgeliebten Herrn Bruders, Königlich Majestät zum größten Schmerze Seines Dankes, die Seiner geliebten Unterthanen aus diesem Leben abgerufen worden ist, haben Wir die Regierung des Königreiches Sachsen vermöge des nach der verfassungsmäßigen Erbfolge an Uns gelohenen Anlasses der Krone übernommen. Wir verstehen Uns daher zu Unseren getreuen Unterthanen, den königlichen, sowie den sonstigen in öffentlichen Diensten angestellten geistlichen und weltlichen Beamten und Dienern, auch zu allen Unterthanen und Einwohnern Unseres Königreiches, daß Sie Uns, als dem rechtmäßig angetretenen Landesoberhaupte, die schuldige Dienstreue, Treue und Gehorsam so willig als pflichtmäßig leisten werden. Tagegen verpflichten Wir Sie Unserer auf die Handhabung von Recht und Gerechtigkeit und Beförderung der Wohlfahrt und des Besten des Landes unausgesetzlich gerichteten landesoberhaupte Fürsorge, werden auch die Verfassung des Landes in allen ihren Bestimmungen während Unserer Regierung beobachten, aufrecht erhalten und beschützen. Tamit der Gang der Staatsgeschäfte nicht unterbrochen wird, ist Unser Willkür, daß sämtliche Behörden ihre Verrichtungen bis auf Unsere weitere Bestimmung pflichtmäßig fortsetzen.

Gegeben zu Dribitzsch, am 20. Juni 1902. Gez. Georg. Gez. v. Reich. v. d. Planitz. v. Seydewitz. Rueder. Cito.

Politische Tageschau.

Der Kaiser und immer wieder der Kaiser! Auch der Correspondent des Berliner Tageblattes, der dem Oberpräsidenten von Hannover bereits die Entlassung gegeben und an Stelle desselben den Herrn Baron v. Knebel als kommenden Mann bezeichnet hatte, beruft sich jetzt in allerhand dunklen Nebensarten auf den Kaiser, als ob dieser die Frage eines Nachfolgers für den Grafen Walberg-Wernigerode bereits gelöst habe, ohne die maßgebenden Personen, d. h. seine verantwortlichen Rathgeber, darüber gehört zu haben. Also abermals die alte Erzählung, die nur darauf berechnet ist, die Person des Kaisers mit ins Gerüde zu bringen und die Räder des Kaiser als Drahtpuppen erscheinen zu lassen, die einfach mit dem Kopfe zu nicken haben, sobald die eine Person, die das ganze Puppenspiel dirigiert, dies zu verlangen für angebracht erachtet. So war es auch noch jedes Mal, wenn wichtige Aemter besetzt werden sollten. Man darf sich nicht einmal wundern, wenn es jetzt genau wieder so betrieben wird. Diese unterirdische Geschäftigkeit mag lediglich die Specialität einzelner Berliner Zeitungskorrespondenten sein, — im eigentlichen Kreise wird man über die Namen dieser Sensationsmacher kaum einen Zweifel hegen. Aber daß sie ihre Handwerke so unbehindert weitertreiben können und daß es immer wieder Zeitungen giebt, die sich gern den Beinamen „große“ geben lassen und doch an dieser Treiberei sich mitschuldig machen, ist das Charakteristische unserer Zeit. Es wäre an der Zeit, daß die verantwortlichen Räder des Kaisers mit ihm selbst und andererseits auch mit den „großen“ Blättern ein Einvernehmen herbeiführten, wie es im freien Lande England längst besteht, damit wenigstens das Ansehen des Monarchen und seiner Regierung nicht immer wieder durch drollige Ausstellungen vor dem Inlande und dem Auslande herabgesetzt wird. Es bleibt auch dann noch ein hinreichend weites Feld für diejenigen übrig, die das Bedürfnis haben, die Mägen der gewerbdmässigen Opposition mit Wasserkräften zu versorgen.

Ein heilloses Gerücht ist der „Sächs. Volksztg.“ ein Artikel des „Kurzer Pönanst.“ über das Verhältnis des Centrums zur Polenfraktion in die Glieder gefahren. Das polnische Blatt beklagt sich bitter über das Verhalten des Centrums während der letzten Polen-Vorlage, vor allem darüber, daß der Antrag v. Jajczewski auf namentliche Abstimmung nicht einmal die nöthige Unterstützung gefunden hat und deshalb durchfiel. Während nun der

„Kurier“ eine Revision des Verhältnisses der Polenfraktion zum Centrum in dem Sinne einer Fortsetzung der ersten von dem Einfluß und der Führerschaft des Centrums berichtet, so ist die „Sächs. Volksztg.“ die Polenfraktion an, es müßte von beiden Seiten darauf hingearbeitet werden, um zwischen deutschen und polnischen Katholiken wieder ein erwünschtes Einvernehmen herzustellen. Und diese wünschenswerthe Reue des Centrums vor dem Polentum, obgleich doch fast jeden Augenblick aus dessen Reihen die Parole ertönt: „Fort mit dem Centrum!“ Auf diese Stimmung und Abicht unter den Polen stetig hinzuwirken, ist ein Verdienst der „Polenstimmen“, der bekannten von Justizrath Wagner und Gerichtsreferendar Sosberg soeben in zweiter, vermehrter Auflage erschienenen Sammlung von Ausprägungen der polnischen Presse. Wir finden dort ein Citat aus einer Proschüre über die national-polnische Sache:

„Unsere (polnischen) hohen Politiker im preussischen Landestheil werden uns schuldig von einem Völkchen mit der Centralpartei und sie werden uns unter Teil in der Knechtung an diese Partei laden. Sie versprechen, daß, so lange die Welt besteht, der Deutsche des Polen Bruder nicht werden wird! Sie versprechen, daß das Centrum eine deutsche Partei ist und als solche Interessen haben muß, die von den unsrigen abzuweichen. . . . Darum müssen sich auch die Waite, die uns mit dem Centrum verhalten, lösen, denn sie drücken, mehr nationale Egoismen zu handeln.“

„Ihre Schlüsse heisst es: „Ist die die vorerwähnte Centralpartei, die die Abgeordneten, die am Wahlmessen sitzen, versprechen aber nicht halten. . . für alle diese unsere Scheinversprechen haben wir zur ein Wort, das in dem alltäglichen und ungeschriebenen politischen Kampfe und um so mehr bei den nicht mehr kennen wählen unsere Lösung werden muß: Fort mit dem Centrum!“

Daß diese Lösung bei den nächsten Reichstagswahlen wirklich werde ausgeführt und befolgt werden, bezweifeln wir allerdings; um so würdevoller aber erscheint die Reue der Centralpartei und umso mehr muß man darauf gefaßt sein, daß es bindende Versprechungen bezüglich des künftigen Wahlverhaltens geben werde.

Der bekannte Apostel der Namensmagistratur Simon Telles get. Rubin veröffentlicht, wie alljährlich, auch jetzt wieder seinen Bericht darüber, wie viele Bürger Magyars im Jahre 1901 ihren ererbten Namen wegwerfen haben. Was ihn dabei mit Betrübnis erfüllt, freut uns im Namen der Vernunft, des Wohlwollens und des guten Geschmacks: der Lauf der Namensveränderung ist stetig im Abnehmen begriffen. Das geht aus folgenden Zahlen hervor: Während im Jahre 1899, d. i. im Jahre des Drucks auf den kleinen Verzeichnisse, 6722 Menschen sich magyarisirten, waren es im Jahre 1899 nur halb so viel, 3240, im Jahre 1900 noch weniger, 2582, und im letzten Jahre (1901) nur 2375. Ein Beweis dafür, daß die Namensmagistratur der Ert der geistigen Unruhe ist, ist der von Telles angeführte Umstand, daß unter den Magyarisirten an erster Stelle die munterlebigen Schüler stehen, und zwar haben im zweiten Halbjahr allein 446 Nünber-Jährige für ihre Person, d. h. nicht als Nachkömmling ihrer Eltern (s. den Namen geschlecht, so daß die erbliche Erbschaft nicht genug vorkommt, daß der Vater den „jungen“ Namen hat, während der noch die Schulbank drückende Sohn mit einem „patriotischen“ Namen paradiert. Die Hauptstadt Pest marschirt in diesem „Culturfortschritt“ der Ungarn an der Spitze, indem sie ein Contingent von 397, d. i. 16,71 vom Hundert, zur Schaar der Verlesenen ihrer Väter gestellt hat. In den anderen Städten sieht es etwas anders: nach Pest kommt gleich Klauenburg mit nur 20 Namen. In Kronstadt haben sich drei, in Hermannstadt zwei umtaufen lassen. Nach der Religion geordnet stehen die Juden mit 764 Magyarisirungen voran; daß die Griechisch-Orientalischen nur 14, die Griechisch-Katholischen nur 10 Individuen beigefügt haben, gereicht den ungarischen Romänen, Serben und Ruthenen zur Ehre. Der Anstieg der Verleer nach jetzt, daß besonders kleine Beamte aus Rücksichten auf die Carriere in den lauzeren Ämtern die Namensänderung begehren mußten, insbesondere kommen Eisenbahner in Betracht. Auch verhältnismäßig viele selbstständige Kaufleute kommen in Betracht. „Das Volk“, so sagt Telles, „läßt sich noch immer fern von der Namensmagistratur“. In deutschen Kreisen Magyars, namentlich in Siebenbürgen, glaubt man, daß es auch immer so bleiben wird. Hoffen wir es mit unseren wackeren Vorkämpfern im Lande der Karpaten.

Deutsches Reich.

Berlin, 20. Juni. Was ist Wahrheit? In Sachen, der alten Königsstadt der deutschen Kaiser, hat bekanntlich vor einigen Tagen Kaiser Wilhelm II. in einer feierlichen Ansprache die Mittelung gemacht, daß gelegentlich der Gesandtschaft des Generalsobersten von Los als Vertreter des Kaisers zum Papstbistum der Papst diesem

Gesandten im intimen Gespräche den formellen Auftrag erteilt habe, dem Kaiser zu bestellen:

„Das Land in Europa, wo noch Licht, Ordnung und Disziplin herrscht, sei es vor der Obrigkeit, Sitzung vor der Kirche, und wo jeder Katholik angeführt und frei seinem Glauben leben könne, das ist das deutsche Reich, und das danke er dem deutschen Kaiser.“

Zwei Wochen vor dem Bekanntwerden dieser päpstlichen Ansprache, die in dem stark protestantischen Deutschland den Haß für religiöse Toleranz erlitt und dieses Reich gewissermaßen als einzige Zufluchtsstätte des liberal bedrückten katholischen Glaubens hinstellte, erließ die Kaiserin der deutschen Kaiserin ein Bischof eine gemeinsamen Dekretbrief, der die Sachlage im feierlichen Schlußwort folgendermaßen darstellte:

„Wir Katholiken sind in unserem bisherigen ruhigen Bestehen widerrechtlich durch jähliche und freche Angriffe gestört und können nicht mehr wie bisher nur für den Aufbau und die Aufrechterhaltung unserer Kirche Sorge tragen, sondern sehen uns, da wir von keiner Seite den gesüßenden Schutz erhalten, gezwungen, das Schwert aus der Scheide zu ziehen, um unser Heiligthum gegen die anstürmenden Feinde zu verteidigen. Wir werden uns hüten, Jemand persönlich zu verwunden, aber wir werden das Schwert führen für die Freiheit gegen den Irrthum und am Schiffe des Kampfes triumphierend verkünden: Veritas vincit.“

Was ist Wahrheit? Berlin, 20. Juni. (Arbeitersekretariate.) Auf dem jetzt in Stuttgart tagenden Gewerkschaftskongress ist das Thema der Arbeitersekretariate im Gegenwärtigen eine Anzahl von Vertretern der württembergischen Regierung ausführlich zur Sprache gekommen. Wir haben bereits vor Tage und Tag auf den besonderen Umstand hingewiesen, daß in einigen Fällen eine Rechtsunsicherheit in Beurteilung der Arbeitersekretariate insofern eingetreten war, als die Frage ihrer Gewerkschaftlichkeit von den Gerichten in Preußen und Polen bejaht wurde, entgegen der authentischen Definition des Staatssekretärs Graf Potomowich im Reichstag. Der preussische Justizminister stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt des Staatssekretärs und hat die Staatsanwaltschaften angewiesen, die Arbeitersekretariate nicht mehr als gewerkschaftliche zu betrachten. Seit jener Zeit scheinen sich die Arbeitersekretariate eines größeren Umpfanges bei den Behörden zu erfreuen; ihre Zahl ist jetzt auf 27 gestiegen. Der Gewerkschaftskongress hat nun gestern einen Antrag auf Gründung eines „Reichs-Arbeitersekretariats“ angenommen, welches die Rechte, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichs-Versicherungsamt abhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Rechte in der Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamt zu besorgen hat. — In der Begründung dieses Antrages erging sich der Referent in sehr scharfer Kritik gegen die Spruch-Praxis des Reichs-Versicherungsamtes, die den Begriff des „Betriebsunfallers“ so eng anlegte, daß dem Arbeiter die Vertretung seiner Rechte ungemein erschwert wurde und eigentlich die ganze Unfallversicherung-Gesetzgebung wertlos machte. — Diese schweren Anklagen, die auch schon früher von der Reichstagsopposition durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen herab erlitten, werden hoffentlich baldigst von kompetenter Stelle als eine sachverständige Widerlegung erfahren, damit nicht die von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Behauptung von der Wertlosigkeit unserer sozialen Gesetzgebung weiteren Boden gewinnt und neues Agitationsmaterial für die Sozialdemokraten bietet.

Die vereinigten Audiokommissionen des Bundesrates für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Versicherungsangelegenheiten hielten heute Sitzung.

Die der „Berl. Localztg.“ erfahren haben will, hat in politischen Kreisen der Plan des Gouverneurs Dr. Solj von Samoa, chinesische Kulis nach Samoa zu Landarbeiten heranzuziehen, nicht geringes Verwundern hervorgerufen. Es wird aus verschiedenen Quellen als ausgeschlossen betrachtet, daß hierzu die Zustimmung gegeben werde.

Für das zweite transatlantische deutsche Kabel sind die ersten Verhandlungen bereits vorgenommen worden. Nach einer zwischen der deutsch-atlantischen Telegraphengesellschaft und dem Reichspostamt getroffenen Vereinbarung wird der Bau des zweiten Kabels in zwei Abschnitten erfolgen. Die erste Strecke Vorkum-Noron muß spätestens am 31. December 1903 und die zweite am 31. December 1904 fertig gestellt sein, so daß der Betrieb auf der ganzen Linie am 1. Januar 1905 aufgenommen werden kann.

Für das zweite transatlantische deutsche Kabel sind die ersten Verhandlungen bereits vorgenommen worden. Nach einer zwischen der deutsch-atlantischen Telegraphengesellschaft und dem Reichspostamt getroffenen Vereinbarung wird der Bau des zweiten Kabels in zwei Abschnitten erfolgen. Die erste Strecke Vorkum-Noron muß spätestens am 31. December 1903 und die zweite am 31. December 1904 fertig gestellt sein, so daß der Betrieb auf der ganzen Linie am 1. Januar 1905 aufgenommen werden kann. In denjenigen ameri-